

Justiz

## Gift von der Airbase – Zwölf Umweltverbände appellieren: Tut endlich was!

11. Oktober 2021 um 13:44 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Feuerwehrlaute der Air-Force Spangdahlem löschen bei einer Übung einen Brand. Foto: 52nd Fighter Wing Public Affairs/Airman 1st Class Kyle Gese

**Trier. Pünktlich zum mit Spannung erwarteten Urteil um krebserregende Schadstoffe von der Airbase Spangdahlem richten zwölf Umweltverbände und Bürgerinitiativen einen Appell an die neuen Bundespolitiker. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass Gift ungehindert in Bäche oder ins Grundwasser sickert.**

---

Von Katharina De Mos

Chefreporterin

---

Nach mehr als zwei Jahren soll am Dienstag vor dem Trierer Landgericht nun endlich ein Urteil fallen, das zeigt, wer für die Schadstoffbelastungen im Umfeld der Airbase Spangdahlem verantwortlich ist. Und vor allem: Wer dafür zahlen muss.

Die Verbandsgemeinde Wittlich-Land hatte auf Schadenersatz geklagt, weil sie ihren mit perfluorierten Chemikalien belasteten Klärschlamm nicht mehr als Dünger nutzen kann, sondern für viel Geld verbrennen lassen muss.

Die Stoffe, um die es geht, sind weltweit ein Problem. Man findet sie in Outdoorbekleidung oder Anti-Haft-Beschichtungen. Jahrzehntlang waren sie aber auch Bestandteil von Löschschaum, der auf Flugplätzen wie der Airbase Spangdahlem bei Übungen in großen Mengen versprüht wurde. Abgekürzt werden diese krebserregenden Stoffe mal als PFT, PFC oder PFAS. „Ewigkeits-Chemikalien“ werden sie auch genannt. Denn abbaubar sind sie nicht.

Vom Flugplatz aus sickern die Schadstoffe in Böden und Bäche, in Teiche, ins Grundwasser – und der Verbandsgemeinde zufolge auch in die Binsfelder Kanalisation. Knapp eine halbe Million Euro hatte der Bund in Vertretung für die Amerikaner an Schadenersatz gezahlt, ehe er sich plötzlich weigerte, mit der Begründung, es sei ja gar nicht geklärt, ob die Air Force wirklich verantwortlich sei.

Im März 2019 wurde der Prozess unterbrochen, um ein Gutachten zu erstellen. Dieses ergab zwar eindeutig, dass die gefährlichen PFAS von der Airbase in die Binsfelder Kanalisation laufen. Es zeigte allerdings auch, dass es im Ort selbst noch weitere Quellen gab. Unter anderem wurde bei einem Polterabend ein dekorativer Schaumteppich gelegt, der reichlich PFAS enthielt. Auf einen Vergleich wollte der Bund sich schon deshalb nicht einlassen, weil es zahlreiche ähnliche Schadenersatzklagen gibt. Das Urteil wird daher nicht nur in Trier mit Spannung erwartet.

Zwölf Bürgerinitiativen und Umweltverbände aus betroffenen Regionen in Rheinland-Pfalz, Bayern und dem Saarland haben am Montag anlässlich des Gerichtstermins einen gemeinsamen Appell an die neuen Bundestagsabgeordneten und auch die Mainzer Landesregierung gerichtet. Darunter auch die BUND Kreisgruppe Bitburg-Prüm.

„Die fortlaufende Kontamination von Wasser und Böden durch die gefährlichen ewigen Chemikalien muss gestoppt werden“, heißt es in dem Schreiben. Nach vielen Jahren der Untätigkeit dulde die Sanierung keinen weiteren Aufschub mehr. „Das Gift sickert ungehindert Tag für Tag weiter in unser Grundwasser mit fatalen Folgen.“

In der Region Trier ist das Problem den Behörden seit rund zehn Jahren bekannt. Mit der Sanierung von Böden oder Grundwasser wurde aber noch immer nicht begonnen.

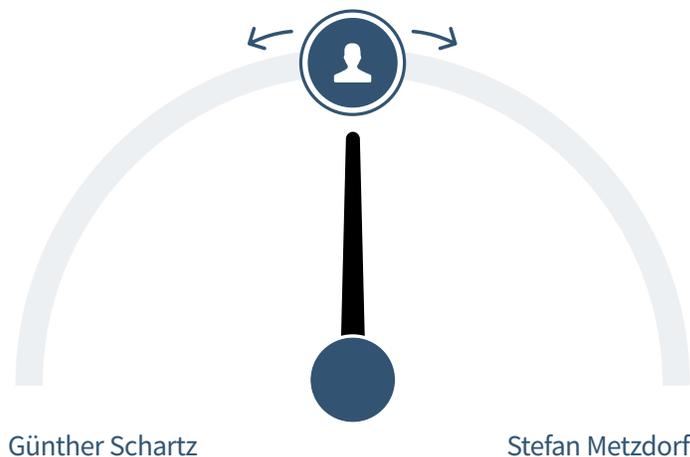
Als Beispiele für betroffene Regionen nennen die Umweltschützer neben den Flugplätzen Spangdahlem und Bitburg das Umfeld der US-Militärbasis Katterbach bei Ansbach in Mittelfranken, wo genau wie in der Eifel Bäche, Brunnen und Fischweiher kontaminiert seien. Selbst im Blut von Bürgern sei das Gift weit über dem Unbedenklichkeitswert nachgewiesen worden. Gleiches gelte für den Flugplatz Manching in Oberbayern, wo sogar jegliche Grundwassernutzung bis 2032 untersagt sei.

In der Eifel sind Gewässer rund um die Flugplätze Bitburg und Spangdahlem so verunreinigt, dass es Verzehrwarnungen für Fische gibt. Ein Trinkwasserbrunnen wurde vom Netz genommen. „Langfristig gesehen ist die Trinkwasserversorgung der Stadt Trier und anderer großer Städte in Gefahr“, heißt es in dem Appell. Tatsächlich lassen sich Spuren der Stoffe im Trierer Trinkwasser nachweisen. Allerdings in so winzigen Konzentrationen, dass der Genuss gesundheitlich unbedenklich ist.

„Wir fordern die volle Kostenübernahme durch die Verursacher bei der Beseitigung der Umweltschäden, was insbesondere auch für das US-Militär gelten muss“, schreiben die zwölf Umweltverbände. Es werde nicht hingenommen, „dass die Sanierungskosten auf die deutschen Steuerzahler abgewälzt werden.“

LIVE ABSTIMMUNG  1.869 MAL ABGESTIMMT

## Günther Schartz oder Stefan Metzdorf: Wer wird Landrat in Trier-Saarburg?

**volksfreund**OPINARY. 

Das für Dienstag erwartete Urteil wird zeigen, ob die USA im konkreten Fall überhaupt zur Verantwortung gezogen werden. Laut Nato-Truppenstatut muss der deutsche Steuerzahler allerdings selbst dann 25 Prozent der Kosten tragen, wenn die USA voll verantwortlich wären. Maximal 75 Prozent des Geldes kann Deutschland zurückfordern. Auch dies ist ein Grund, warum der Bund den Prozess gerne gewinnen würde.